

Niederschrift

über die 66. Sitzung der Wahlperiode 2003 - 2008
des **Finanzausschusses**
am: Mittwoch, dem 12.12.2007
Ort: im Sitzungszimmer 2.09 des Verwaltungsdienstgebäu-
des, Markt 5
Beginn/Ende: 19:00 Uhr/ 22:30 Uhr

TeilnehmerInnen:

a) Vom Ausschuss:

Herr Knoll
Frau Kock
Herr Meurers
Frau Pöhls (Vorsitzende)
Herr Dr. Rahmann (für Herrn Janson)
Frau Reichardt-Mewes
Herr Stolten bM (für Herrn Rietzke)
Herr Vosgerau bM

b) Es fehlen:

Herr Rädisch
Herr Rietzke
Herr Janson

c) Gäste:

Herr Bitsching (VSG, TOP 6 bis 10)
Frau Herrmann (bis TOP 8)
Frau Klueß (bis TOP 8)
Herr Roden
Herr Wahnfried (bis TOP 8)

d) Von der Verwaltung:

Herr von Bary
Herr Fahl (TOP 6 bis 10)
Herr Schaarmann
Herr Scharnberg (bis TOP 8)
Herr Steinhoerster (ohne TOP 12)
Frau Treetzen
Frau Wibrow-Seiller (ohne TOP 12)

e) Schriftführung:

Herr Nils-Olsson-Boy

Tagesordnung

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung
3. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung
6. Überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme äußere Erschließung B75
HH-St. 6310.95000
7. Überplanmäßige Ausgabe für die Sanierung Bahndamm Industriegleis
HH-St. 7910.95300
8. Mitteilungen/Anfragen

Nicht öffentliche Tagesordnungspunkte

9. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung - nicht öffentlicher Teil
10. Erdgastankstelle
11. Grundstücksangelegenheiten
12. Steuerangelegenheiten
13. Beschlusskontrolle
14. Mitteilungen/Anfragen
15. Bauhof

1.

Eröffnung der Sitzung

Frau Pöhls eröffnet die Sitzung.

Arbeitsauftrag

An

2.

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung

Frau Pöhls stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit mit acht erschienenen Mitgliedern fest.

Die vorstehende Tagesordnung wird mit einstimmiger Beschlussfassung über

die Verlagerung des Tagesordnungspunktes Bauhof (neu TOP 15)

und die Beratung der Tagesordnungspunkte neun bis fünfzehn in nicht-öffentlicher Sitzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

8 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

Arbeitsauftrag

An

**Auszug Niederschrift öffentlich über die 0066. Sitzung des Finanzausschusses
am 12.12.2007**

3.

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil

Herr von Bary berichtet, dass die Niederschriften vom 14.11.2007, 17.11.2007 und 29.11.2007 krankheitsbedingt noch nicht vorgelegt werden konnten.

Arbeitsauftrag

An

4.

Einwohnerfragestunde

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Frau Herrmann, Amalie-Dietrich-Straße 4

Frau Herrmann übergibt Frau Pöhls eine Unterschriftensammlung „Retten Sie mit uns die Allee an der B 75 !“. Frau Herrmann führt aus, dass 100 Jahre alte Buchen an einem Tag Sauerstoff für 10 Menschen produzieren, soviel wie 2000 junge Bäume. Sie bittet darum, aufgrund der Liste mit 1535 Unterschriften den Bürgermeister zu beauftragen, die Ausschreibung aufzuheben und die Bäume zu erhalten.

Frau Pöhls gibt die Unterschriftensammlung an Herrn von Bary weiter.

Frau Pöhls weist daraufhin, dass der Finanzausschuss inhaltlich nicht für die Beratung der Maßnahme zuständig ist, dies ist Sache des zuständigen Fachausschusses.

Herr Schwitzke, A sternweg 20

Auf Nachfrage von Herrn Schwitzke führt Herr von Bary aus, dass er die Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2007 so verstanden hat, dass eine schriftliche Antwort erwünscht wird. Warum diese erst am heutigen Tage Herrn Schwitzke zugegangen ist, kann er nicht beantworten.

Frau Pöhls weist darauf hin, dass bis zur Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2007 für Herrn Schwitzke die Möglichkeit besteht, sich mit dem Straßenbauamt in Verbindung zu setzen.

Herr Schwitzke, A sternweg 20

Auf Nachfrage von Herrn Schwitzke berichtet Herr Steinhoerster, dass das Straßenbauvorhaben an der B 75 nicht zwingend in einen B-Plan hätte aufgenommen werden müssen. Er weist darauf hin, dass Bürger auch im B-Plan-Verfahren die Möglichkeit haben, ihre Einwendungen zur Abwägung vorzubringen. In diesem Fall wäre ein eigenständiges Planfeststellungsverfahren des Bundes möglich gewesen, in Absprache mit dem Straßenbauamt Lübeck wurde aber das B-Plan-Verfahren gewählt, um die Maßnahme in einer Hand durchführen zu können.

Herr Stephenson, Nelkenweg 10

Auf Nachfrage von Herrn Stephenson berichtet Herr Steinhoerster, dass die Verkehrsbelastung unter den vorgegebenen Richtwerten für eine Straßenausbaubreite von 7,50 Meter liegt. Das Fällen der Bäume ist nicht aus diesem Grund notwendig. Das Fällen der Bäume ist aufgrund der Topographie und des Ausbaustandards notwendig. In diesem Rahmen muss die Achse der B 75 nach Norden verlegt werden, um von der südlichen Allee abzurücken, da der Zustand der Bäume an der südlichen Allee bei der

derzeitigen Straßenlage nicht erhalten werden kann. Ohne Ausbau und ohne die Achsenverlagerung würde die Gefahr bestehen, dass beide Alleeseiten entfernt werden müssten, jetzt kann die südliche Baumreihe erhalten werden. Zusätzlich dazu muss die Straße aus Verkehrssicherungsgründen auf mindestens 7 m verbreitert werden.

Frau Herrmann, Amalie-Dietrich-Straße 4

Auf Nachfrage von Frau Herrmann berichtet Herr Steinhoerster, dass abschließend das Straßenbauamt Lübeck über die Art der Durchführung der Baumaßnahme entschieden hat.

Arbeitsauftrag

An

5.

**2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung
Sachverhalt: Sitzungsvorlage Fachbereich II vom 27.11.2007**

Herr Knoll fordert die Verwaltung auf, haushaltsrelevante Vorlagen vor den Haushaltsberatungen vorzulegen. Aus seiner Sicht ist eine rd. 50 % Gebührenerhöhung nicht vertretbar. Er beantragt, diese Erhöhung/Nachzahlung über drei Jahre zu verteilen.

Frau Treetzen berichtet, dass aufgrund der Nachkalkulation für das Jahr 2006 die Vorkalkulation für das Jahr 2008 erfolgt ist. Als Problem hat sich der Winterdienst mit deutlich schwankenden Kosten – und sehr hohen Kosten für 2006 - herausgestellt. Die Verwaltung hat bereits zur Abmilderung der Gebührenhöhe 2008 einen durchschnittlichen Winterdienst in die Berechnung 2008 eingearbeitet. Falls sich aus der Abrechnung des Jahres 2007 ein Überschuss ergeben sollte, wird dieser einer Gebührenausrücklage zugeführt und würde die Straßenreinigungsgebühren in kommenden Jahren verringern. Bei einer Verteilung der jetzigen Nachzahlung für 2006 auf drei Jahre und dadurch der Verringerung der Gebührenhöhe 2008 besteht die Gefahr, dass sich die Gebührensätze ab 2009 immer weiter „hochschaukeln“.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Rahmann führt Frau Treetzen aus, dass die Reinigungsfirma nur dort reinigen kann, wo die tatsächliche Möglichkeit dazu besteht, z.B. nicht bei parkenden Fahrzeugen. Frau Treetzen führt ferner aus, dass 4,07 € pro Meter Straßenfrontlänge pro Jahr gezahlt werden müssen, d.h. für ein mit 10 Metern an der Straße liegendes Grundstück müssen pro Jahr 40,70 € gezahlt werden. Darin ist der auch der Winterdienst enthalten. In dem Moment, in dem die Stadt die Straßenreinigung (und damit auch den Winterdienst) nicht sicherstellt, müssten die Anwohner die Reinigung und den Winterdienst jeweils auf der auf ihrer Straßenseite liegenden halben Fahrbahnseite selbst durchführen.

Mehrere Ausschussmitglieder bemerken, dass die Beauftragung einer privaten Reinigungsfirma deutlich teurer werden würde.

Anmerkung der Verwaltung:

In dem genannten Beispiel sind für das gesamte Grundstück im Jahr 2008 folgende Beträge zu zahlen:

	13,80 € für die Straßenreinigung (= 10 Meter x 1,3797 €)
	3,02 € für die Reinigung der Radwege (= 10 Meter x 0,3013 €)
	19,05 € für den Winterdienst (= 10 Meter x 1,9045 €)
	<u>4,88 €</u> für die Leerung der Abfallsammelbehälter (=10 Meter x 0,4878 €)
gerundet =	40,70 € für 10 Meter Straßenfrontlänge pro Jahr

Abstimmung über den Antrag von Herrn Knoll zur Verteilung der Erhöhung / Nachzahlung auf drei Jahre.

Abstimmungsergebnis:

2 Stimmen dafür

5 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Stadt Bad Oldesloe ab 01.01.2008 in der als Anlage zu TOP..... der Urschrift der Sitzungsniederschrift beigefügten Fassung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

5 Stimmen dafür

1 Stimmen dagegen

2 Enthaltungen

Arbeitsauftrag

An

6.

**Überplanmäßige Ausgabe für die Baumaßnahme äußere Erschließung B75
HH-St. 6310.95000
Sachverhalt: Sitzungsvorlage des Fachbereiches IV vom 22.11.2007**

Frau Pöhls weist nochmals daraufhin, dass der Finanzausschuss inhaltlich nicht für die Beratung der Maßnahme zuständig ist, dies ist Sache des zuständigen Fachausschusses.

Herr Steinhoerster berichtet, dass im Rahmen der Ausschreibung festgestellt wurde, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen.

Herr Scharnberg erläutert

hinter dem Kreisverkehr (Richtung Reinfeld)

Die Strecke wurde vom Straßenbauamt geplant und wird von der Stadt Bad Oldesloe umgesetzt. Die Stadt erhält eine pauschale Kostenübernahme von 900 T€, bei zz. Kosten von 825 T€. Die Differenz zwischen Erstattung und Kosten setzt sich aus noch notwendigen Ausgleichsmaßnahmen und Bauleitungskosten zusammen.

Kreisverkehr bis Bahnübergang

Die Stadt erhält eine pauschale Erstattung von 410 T€ für die Strecke Kreisverkehr bis OD-Grenze und weitere 90 T€ für die Strecke bis zum Bahnübergang. Bei den 410 T€ handelt es sich um einen fiktiv hochgerechneten Betrag mit dem abgegolten wird, dass der Ausbau dieses Teilstückes in der gleichen Art erfolgt, wie der Ausbau des Teilstückes hinter dem Kreisel (Richtung Reinfeld).

Für dieses Teilstück ergaben sich im Ausschreibungsverfahren 1,3 Mio. €, Mehrkosten von rd. 370 T€. Diese Mehrkosten setzen sich u.a. zusammen aus Kosten aufgrund der Ölpreissteigerung (rd. 120 T€) und zusätzlich geforderten Regenwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen (rd. 140 T€).

Zusätzliche Kosten sind auch dafür entstanden, dass die Rettungsdienste eine Durchgängigkeit der Strecke gefordert haben.

Die Baumaßnahme wird mit dem Kreisel begonnen und soll dann auf beiden Seiten fortgeführt werden. Abschließend wird der problematische Bereich bis zur Bahn erstellt.

Der Bahnübergang wird von der Bahn selbst zz. überplant, Abstimmungsgespräche werden geführt.

Auf Nachfrage von Herrn Knoll berichtet Herr Steinhoerster, dass am 11.12.2007 ein Aufklärungsgespräch nach VOB durchgeführt wurde. Die Leistungsfähigkeit des zu be-

auftragenden Unternehmens und der Subunternehmer wurde geprüft. Aufgrund dieser Prüfung kann aus Sicht der Verwaltung der Vergabevorschlag erfolgen. Bei einem Baubeginn im Januar 2008 könnte die Maßnahme, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, im Dezember 2008 beendet sein.

Herr Roden führt aus, dass die Maßnahme bisher in keinem Ausschuss abschließend vorgestellt wurde, grundsätzlich müsste dies im WPA erfolgen. Herr Steinhoerster berichtet auf Nachfrage, dass die Einnahmen auf 1,4 Mio. € gestiegen sind, da im März 2007 die zusätzliche pauschale Vereinbarung über 90 T€ (fiktive Deckenerneuerung im Bereich bis Bahn) noch nicht absehbar war. Die Maßnahme selbst wurde in den Sitzungen WPA am 13.12.06, WPA/UA am 23.01.07 und WPA am 21.03.07 vorgestellt.

Anmerkung der Verwaltung:

Siehe Anlage zum Protokoll zur Nachfrage von Herrn Knoll i.S. Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Knoll stellt zwei Anträge (dem Protokoll als Anlage beigelegt).

Herr Rahmann führt aus, dass die Maßnahme Steinfelder Redder abgelehnt wird, die Ausgleichsmaßnahmen sind nicht adäquat, entsprechen nicht dem Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Frau Pöhls führt aus, dass die CDU an der Maßnahme festhält.

Herr Vosgerau weist darauf hin, dass er beide Anträge der SPD ablehnen wird, aufgrund des Baugebietes muss die B 75 ausgebaut werden, zudem wird endlich die Lücke im Radweg geschlossen.

Antrag der SPD (dem Protokoll als Anlage beigelegt)

Der Finanzausschuss beschließt die Ausschreibung zum Ausbau der B 75 aufgrund der anfallenden Mehrkosten aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

3 Stimmen dafür
5 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag der SPD (dem Protokoll als Anlage beigelegt)

Der Finanzausschuss beauftragt den Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe schnellstmöglich mit dem Straßenbauamt Lübeck erneut Gespräche zu führen, mit dem Ziel die Allee an der B 75 zu erhalten.

Abstimmungsergebnis:

3 Stimmen dafür
5 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Beschluss

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:/
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 6310.95000 - Planungs- und Baukosten B75 äußere Erschließung werden gemäß § 82 GO Haushaltsmittel in Höhe von 370.000 € überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung wird wie folgt gewährleistet:

Verwaltungshaushalt			
HHst. 9000.00100 – Grundsteuer B	Mehreinnahme		100.000 €
HHst. 9000.00300 – Gewerbesteuer	Mehreinnahme		223.900 €
Vermögenshaushalt			
HHst. 9100.99300 – Deckungsreserve	Entnahme		<u>46.100 €</u>
Gesamt:			<u>370.000 €</u>

Die Mehreinnahmen des Verwaltungshaushaltes werden zur Deckung herangezogen. Diese Mehreinnahmen werden über die Ausgabehaushaltsstelle im Verwaltungshaushalt „9100.86000 - Zuführung zum Vermögenshaushalt“ im Vermögenshaushalt bei der Haushaltsstelle „9100.30000 – Zuführung vom Verwaltungshaushalt“ gebucht. Die Mittel bei der Haushaltsstelle „9100.30000 – Zuführung vom Verwaltungshaushalt“ stehen somit zur Deckung von Mehrausgaben im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

5 Stimmen dafür
3 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Herr Fahl und Herr Bitsching nehmen an der Sitzung teil.

Arbeitsauftrag

An

Aktenvermerk

Anlage zum Protokoll des
Finanzausschusses vom
12.12.07 TOP 6

Sachbearbeiter/Sachbearbeiterin:
Organisationseinheit:
Aktenzeichen:

Herr Dr. Soeffing
FB Bauamt - Umwelt
IV.30.1 621.41 - B 071/GOP

Datum: 18.12.07

Anlage zum Protokoll des FA am 12.12.2007

Ausgleichskalkulation für die Maßnahmen an der B 75

	Flächengröße	Grunderwerb	Maßnahme
Waldfläche in Blumendorf	4416 qm		9.000 €
Feldgehölz	8860 qm	16.000 € (erledigt)	9.000 € (erledigt)
Bäume auf Ausgleichsflächen	70 Stück	9.000 € (erledigt)	16.000 €
Bäume beim Regenwasserklärbecken	23 Stück		5.300 €
Streuobstwiese am Kistenberg	70 Stück	18.000 € (erledigt)	6.500 €
Obstwiese in Altfresenburg		8.000 € (erledigt)	2.000 € (erledigt)
Teichanlage	300 qm	550 € (erledigt)	2.000 €
Extensivgrünland	9089 qm	16.460 € (erledigt)	2.000 € (erledigt)
Summe		68.010 €	51.800 €

Danach entstehen für Maßnahmen auf externen Ausgleichsflächen Kosten in einer Höhe von **119.810 €**. Zusätzlich sind bei den Bauarbeiten der B 75 Ersatzmaßnahmen vorgesehen; hier sind Kosten in einer Höhe von **50.000 €** eingeplant.

Insgesamt fallen für den Umbau der B 75 Ausgleichskosten in einer Höhe von **169.810 €** an; hiervon sind bereits **81.010 €** ausgegeben.

U.S. 18.12.07



stadtfraktion
bad oldesloe

SPD

Anträge der SPD-Fraktion zum TOP 6 der Sitzung des Finanzausschuss vom 12.12.2007

1. Der Finanzausschuss beschließt die Ausschreibung zum Ausbau der B75 aufgrund der anfallenden Mehrkosten aufzuheben.
2. Der Finanzausschuss beauftragt den Bürgermeister der Stadt Bad Oldesloe schnellstmöglich mit dem Straßenbauamt Lübeck erneut Gespräche zu führen, mit dem Ziel die Allee an der B75 zu erhalten.

König

7.

**Überplanmäßige Ausgabe für die Sanierung Bahndamm Industriegleis
HH-St. 7910.95300
Sachverhalt: Sitzungsvorlage des Fachbereiches IV vom 22.11.2007**

Herr Steinhorster führt aus, dass aufgrund jetzt vorliegender statischer Nachweise die Anlage nicht standsicher ist und umgehender Handlungsbedarf besteht.

Beschluss

- a) Der Finanzausschuss beschließt, den Sperrvermerk auf der Haushaltsstelle 7710.93500 – (Erwerb von beweglichen Sachen – Bauhof) aufzuheben. Die nicht für die nachstehende überplanmäßige Ausgabe herangezogenen Haushaltsmittel werden dem Jahresabschluss 2007 zugeführt.

- b) Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € werden gemäß § 82 GO überplanmäßig bei der HH-St. 7910.95300 (Sanierung Bahndamm Industriegleis) bereitgestellt. Eine Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der HH-St. 7910.36200 (Kostenanteil Kreis) in Höhe von 20.000 € (1/3 von 60.000 €) und durch Minderausgaben bei der HH-St. 7710.93500 (Erwerb von beweglichen Sachen - Bauhof) in Höhe von 40.000 €.

Abstimmungsergebnis:

**8 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen**

Arbeitsauftrag

An

8.

Mitteilungen/Anfragen

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Frau Treetzen berichtet, dass die Stadt im Jahr 2007 rd. 570 T€ Mehreinnahmen erwartet.

Frau Herrmann, Frau Klueß, Herr Scharnberg und Herr Wahnfried verlassen die Sitzung.

Arbeitsauftrag

An

Niederschrift über die 66. Sitzung des Finanzausschusses am 12.12.07

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nach Abschluss der nicht öffentlichen Beratungen eröffnet die Vorsitzende den öffentlichen Teil wieder und gibt gemäß § 35 Abs. 3 GO die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt.

Nicht öffentliche Tagesordnungspunkte

TOP 10 Erdgastankstelle

Der Finanzausschuss hat einzelne Maßnahmen zum Bau und Betrieb der Erdgastankstelle beschlossen.

TOP 11

Der Finanzausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung den Abschluss einer Vertragsänderung empfohlen.

TOP 12 Steuerangelegenheiten

Der Finanzausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung die Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung empfohlen.

Frau Pöhls schließt die Sitzung.

Arbeitsauftrag

An

Beurkundung

der 66. Sitzung der Wahlperiode 2003 - 2008
des: **Finanzausschusses**
am: 12.12.07
Ort: im Sitzungszimmer 2.09 des Verwaltungsdienstgebäudes,
Markt 5
Beginn/Ende: 19:00 Uhr/22:30 Uhr

Pöhls
Ausschussvorsitz

Nils-Olsson-Boy
Schriftführung